

Nr. 6540 B

II-13445 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994 -04- 25

ANFRAGE

des Abgeordneten Srb, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend negative Auswirkungen des Denkmalschutzes auf barrierefreie Adaptierung von Gebäuden

Aus der von Bundesminister Scholten kürzlich vorgestellten Studie "Wie behindertengerecht sind Österreichs Kultureinrichtungen" geht klar hervor, daß die Auslegung des Denkmalschutzgesetzes immer wieder dazu führt, daß dringend notwendige Adaptierungen von Gebäuden mit dem Ziel einer barrierefreien Ausgestaltung verhindert werden.

In der Analyse der relevanten Gesetze und Verordnungen heißt es etwa: "So machen Planer in Zusammenhang mit der barrierefreien Gestaltung historischer, denkmalgeschützter Gebäude immer wieder die Erfahrung, daß z.B. die vorgeschlagene Erschließung eines Gebäudes durch eine Rampe von der Denkmalschutzbehörde abgelehnt wird." Eine Analyse von Interviews mit Experten ergibt, daß rechtliche Probleme vor allem im Zusammenhang mit der behindertengerechten Adaptierung von Gebäuden auftreten. So nennen fast alle befragten Architekten, aber auch Kulturveranstalter und Kulturmanager, Schwierigkeiten mit Denkmalschutzbestimmungen bzw. mit deren praktischer Anwendung. Die Bestimmungen werden als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet. Auch sei der Interpretationsspielraum für die jeweiligen Behörden bzw. für die einzelnen Behördenvertreter viel zu groß. Der Erfolg hänge oft ausschließlich davon ab, ob und in welchem Umfang (!) sich ein Bauherr oder Betreiber einer Kulturstätte gegenüber dem Denkmalschutz argumentativ durchsetzen könne. Insgesamt wird festgestellt, daß in Österreich das Grundrecht auf barrierefreie Zugänglichkeit seitens des Denkmalschutzes kaum erkannt wird. Im Gegensatz dazu wurden von den Experten sehr wohl positive Beispiele aus dem Ausland für barrierefreie Lösungen in historischen Kulturstätten genannt.

Ein aktuelles Beispiel dazu ist das Museum für Angewandte Kunst in Wien. Dieses wurde nach einer mehrere Jahre dauernden Generalsanierung Anfang Mai 1993 wiedereröffnet. Obwohl eine barrierefreie Adaptierung der Publikumseingänge problemlos durchgeführt hätte werden können, wurde dies aufgrund des Denkmalschutzes "aus denkmalpflegerischen Erwägungen" von der Behörde nicht gestattet. Der vom Museum angebotene Zutritt über einen Hintereingang ist nicht behindertengerecht. Eine derartige Vorgangsweise wäre in vergleichbaren Staaten wie etwa in England oder den USA völlig undenkbar. Sie würde in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervorrufen und hätte in den USA aufgrund des Antidiskriminierungsgesetzes zudem noch hohe Geldstrafen zur Folge.

Die Auswirkungen des Denkmalschutzes werden von den Betroffenen als eine unerträgliche Schikane und als ein Verstoß gegen ihre Bürgerrechte angesehen, die sie nicht länger in Kauf nehmen wollen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. In wievielen Fällen wurden in den vergangenen zehn Jahren Einsprüche aufgrund dieses Gesetzes gegen behindertengerechte Adaptierungen an Gebäuden vorgenommen (bitte um Aufgliederung nach Jahren und Gebäuden) ?
2. In wievielen Fällen wurde aufgrund der Einsprüche eine barrierefreie Ausgestaltung derselben verhindert (bitte um Aufgliederung nach Jahren und Gebäuden) ?
3. Wie lauteten die Begründungen für die in Frage 2 angeführten Fälle. (Bitte um Aufgliederung nach Jahren und Gebäuden) ?
4. Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmung wurden diese Einsprüche durchgeführt?
5. In der Studie wird angeführt, daß die Praxis der Landeskonservatoren sehr unterschiedlich zu sein scheint: Nach welchen Gesichtspunkten werden von diesen Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten einer barrierefreien Ausgestaltung von Gebäuden gefällt?
6. Sind Sie bereit, eine Novellierung dieses Gesetzes in die Wege zu leiten, mit dem Ziel, die derzeitige unerträgliche Situation aus der Welt zu schaffen?
7. Wenn ja, bis wann könnte dies geschehen?
8. Wenn nein, was sind die Gründe dafür?
9. Welche anderen Maßnahmen zur Änderung der derzeitigen Situation können Sie sich vorstellen?

∧